

Beschlussauszug

aus der 4. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Taunusstein vom 22.09.2021

Top **Prüfung der Inbetriebnahme einer Naturkindergar-** **DRS. 18/254-**
2.3.4 **tengruppe in Taunusstein** **08**

Der Stadtverordnete Scheu verlässt aufgrund von § 25 HGO den Sitzungssaal.

Herr Wittmeyer kehrt in den Sitzungssaal zurück. Sodann übergibt Herr Löser den Vorsitz wieder an den Stadtverordnetenvorsteher.

Anschließend stellt Stadtverordnetenvorsteher Wittmeyer die geänderte Beschlussempfehlung des GKE zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Der Verhandlung mit dem Träger, Arbeiter-Samariter-Bund Westhessen e.V., zur Angliederung einer Naturkindergartengruppe an die Kindertageseinrichtung Breslauer Straße, im Stadtteil Wehen, und einer Bereitstellung der dafür erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 71.100€ für das Haushaltsjahr 2022 ff., vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung durch die Aufsichtsbehörde, wird zugestimmt. Die Naturkindergartengruppe kann unter den folgenden Voraussetzungen ihren Betrieb aufnehmen:

1.1 Unter Beteiligung von Erzieherinnen und Erziehern des ASB, Mitgliedern der Elterninitiative der an einem Naturkindergartenplatz interessierten Eltern, des Gesamtelternbeirates, der zuständigen Fachabteilung der Stadtverwaltung Taunusstein und Mitgliedern des Ausschusses für Generationen, Kultur und Ehrenamt wird ein pädagogisches Konzept für die Naturkindergartengruppe erarbeitet, mit der Zielsetzung eine eigenständige Waldkindergartengruppe zu etablieren.

1.2 Das Konzept orientiert sich an den Richtlinien des Bundesverbandes der Natur- und Waldkindergärten e. V.

1.3 Die Ausstattung der Naturkindergartengruppe wird in der genannten Arbeitsgruppe in Übereinstimmung mit dem erarbeiteten Konzept festgelegt.

1.4 Die Erzieherinnen und Erzieher müssen über eine naturpädagogische Ausbildung bzw. über Erfahrungen in diesem Bereich verfügen.

2. Gleichzeitig/parallel dazu wird der Magistrat gebeten, mit externen Trägern in Verhandlungen zu treten, die den Betrieb einer Naturkindergartengruppe sicherstellen können. Das Ergebnis der Verhandlungen ist der Stadtverordnetenversammlung bis Herbst 2022 über den Ausschuss GKE zuzuleiten.

Abstimmung:

Dafür: 40

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

